

Niederschrift

Gremium	Sitzung - KRB/049(IV)/08			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten	Donnerstag, 20.11.2008	Altes Rathaus Beimzimmer	17:00Uhr	19:15 Uhr

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung des Ausschusses für kommunale Rechts- und Bürger-Angelegenheiten und begrüßt die Stadträte sowie die Vertreter der Verwaltung und Gäste. Er stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Von der Verwaltung wurde die Bitte an den Ausschuss herangetragen, die Drucksache DS0316/08 – Public Corporate Governance Kodex – sowie die Drucksache DS0137/08 – Namensgebung von Schulen – auf die heutige Tagesordnung genommen wird. Die Mehrheit der Mitglieder spricht sich für die Verschiebung der DS0316/08 auf die Dezembersitzung des Ausschusses aus. Die DS0137/08 wird heute behandelt.

Die geänderte Tagesordnung wird mit folgendem Abstimmungsergebnis angenommen:

6 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

3. Genehmigung der Niederschrift vom 22.10.2008

Die Niederschrift der Sitzung vom 22.10.2008 wird mit folgendem Abstimmungsergebnis angenommen:

4 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen

4. Straßenbenennung
Vorlage: DS0509/08

Die Drucksache wird mit folgendem Abstimmungsergebnis angenommen:

6 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

5. Straßenbenennung
Vorlage: DS0511/08

Die Drucksache wird mit folgendem Abstimmungsergebnis angenommen:

6 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

6. Straßenbenennung
Vorlage: DS0512/08

Die Drucksache wird mit folgendem Abstimmungsergebnis angenommen:

6 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

7. Gefahrenabwehrverordnung betreffend die Abwehr von
Gefahren durch Alkoholkonsum in der Öffentlichkeit
Vorlage: DS0521/08

Herr Harnisch, FB 32, informiert die Ausschussmitglieder, dass die Drucksache eine Zweistufigkeit enthält. Bei dem §1 handelt es sich um die Grundverfügung. Die §§ 2,3 sagen aus, dass in den Bereichen Hasselbachplatz und Willy-Brand-Platz von vornherein das Alkoholverbot verfügt wird. Neu ist auch, dass ein Verstoß als Ordnungswidrigkeit weiter verfolgt werden kann.

Herr Herbst fragt nach, wodurch es kommt, dass die beiden Plätze unterschiedliche Zeiten Ausweisen.

Herr Harnisch legt dar, dass es am Hasselbachplatz am Tage ruhig ist, dass Trinken erst in den Abend- und Nachtstunden erfolgt. Beim Bahnhofsvorplatz zieht sich das Alkoholtrinken über den ganzen Tag hin.

Herr Herbst fragt nach, wie der Kontrolldruck aufrechterhalten werden soll.

Herr v. Baur informiert, dass der Hasselbachplatz durch die Polizei kontrolliert wird. Der Bahnhofsvorplatz wird durch den Stadtordnungsdienst kontrolliert. Er hält die Kontrollen hier für recht unproblematisch.

Herr Platz äußert, dass sich die Verwaltung von der Zwangsgeldandrohung einiges erwartet.

Herr Grünert hält den Weg mit der vorliegenden Gefahrenabwehrverordnung für falsch. Die Bürger werden in ihren Persönlichkeitsrechten beschnitten.

Herr Veil hält den Bahnhofsvorplatz schon für ein Ärgernis. Hier geht es auch um den Schutz von Kindern und Jugendlichen. Er hält auch den Konrad-Adenauer-Platz für beobachtungswert. Die Drucksache sollte keine zeitliche Begrenzung enthalten. Er stellt den Antrag, den § 6 ersatzlos zu streichen.

Herr v. Baur informiert, dass der § 1 die Realität ist, wie sie jetzt ausgeübt wird. Pro Jahr treten ca. 500 Fälle auf. Bis heute liegt ihm keine Information vor, dass das Eingreifen unverhältnismäßig war. An der Praxis der letzten 10 Jahre wird sich nichts ändern. Es kommt nur das Bußgeld hinzu.

Herr Heinel fragt nach, wie der Bürger erfährt, wo das Alkoholtrinken verboten ist. Er ist der Meinung, dass auch das Verhalten der Jugendlichen an Tankstellen einbezogen werden sollte.

Herr v. Baur legt dar, dass der Bürger sich zu informieren hat.

Herr Platz hält die geführte Diskussion für legitim. Es muss eine Abwägung getroffen werden, es gibt keine perfekte Lösung. Die getroffenen Maßnahmen lassen sich mit statistischen Zahlen belegen, dass diese etwas gebracht haben. Er stimmt den Äußerungen von Herrn Heinel zu den Tankstellen zu. Die Verwaltung hat die Sache unter Beobachtung. Er informiert, dass für die Drucksache die Zustimmung des Landesverwaltungsamtes vorliegt, auch was die Geltungsdauer betrifft.

Herr Harnisch äußert, dass jede Art von Gefahrenprognosen einer Prüfung unterliege. Hat sich diese als geeignet erwiesen, wird sie auch fortgeführt.

Herrn Herbst leuchten die Ausführungen der Verwaltung ein, trotzdem hat er gegen den § 1 ein starkes Bedenken. Er wird der Drucksache nicht zustimmen.

Herr Platz hält den § 1 für wichtig. Er ist eine Bündelung von bereits bestehenden Maßnahmen.

Herr Veil unterstreicht nochmals, dass er die zwei Jahre Geltungsdauer für willkürlich hält. Er stellt hiermit den Änderungsantrag, den § 6 ersatzlos zu streichen.

Abstimmungsergebnis zum ÄA: 2 Ja-Stimmen
 3 Nein-Stimmen
 1 Enthaltung

Somit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Abstimmungsergebnis zur DS0521/08

4 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

8. Weiterentwicklung des Ausländerbeirates der Landeshauptstadt
 Magdeburg zum Integrationsbeirat
 Vorlage: I0311/08

Frau Henning, Amt 50, gibt einführende Informationen zur vorliegenden Vorlage der Verwaltung. In der Information wird ein Umsetzungsvorschlag dargestellt, der noch diskutiert werden muss.

Herr Veil begrüßt die Information der Verwaltung. Er wird die Vorlage in seiner Fraktion nochmals diskutieren. Hier sollte vielleicht der Landtag mit einbezogen werden. Er hält die Sache für ein gutes Pilotprojekt.

Herr Grünert hält eine Wahl für nicht machbar. Wie soll diese durchgeführt werden. Es muß ein Verfahren gewählt werden, wie zu dem Beirat gekommen wird.

Herr Coulibaly informiert, dass nicht mehr gewählt wird, sondern bestellt wird. Hierzu muß eine Satzungsänderung erfolgen.

Herr Platz legt dar, dass die Philosophie hier die erhebliche Stärkung des Integrationsbeirates ist.

Die Information I0311/08 wird von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.

9. Zwischenbilanz zur Magdeburger Beteiligung am
Bundesprogramm "Vielfalt tut gut" - ein Jahr LAP Magdeburg
Vorlage: I0315/08
-

Frau Wienholt, Amt 51, informiert, dass am 21.11.2008 der Antrag für das zweite Förderjahr gestellt wird.

Herr Platz informiert, dass eine Klausurtagung stattfand, auf der entschieden wurde, so weiter zu verfahren.

Herr Grünert äußert, dass ihm die Vernetzung mit den Eltern zu knapp ist, was kann hier getan werden.

Frau Wienholt informiert, dass es einen integrierten Projektantrag geben soll. Die Anträge liegen aber noch nicht vor.

Herr Herbst legt dar, dass das erste Jahr ein sehr erfolgreiches Projekt war. Gibt es eine Zusammengefasste Dokumentation über die Projekte.

Frau Wienholt informiert, dass es keine Dokumentation über alle Projekte gibt.

Die Information I0315/08 wird von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.

10. Public Viewing in Magdeburg
Vorlage: A0180/08
-

Der Antrag A0180/08 wird mit folgendem Abstimmungsergebnis abgelehnt:

0 Ja-Stimmen
6 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

- 10.1. Public Viewing in Magdeburg
Vorlage: S0232/08
-

Die Ausschussmitglieder nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

11. Namensgebung von Schulen DS 0137/08

Über die Drucksache DS0137/08 wird nach Einzelabstimmung wie folgt abgestimmt:

1. 6 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

2. 6 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

12. Verschiedenes

Mitgliedschaft in Vereinen und Verbänden

Herr Lischka schlägt vor, dass sich jede Fraktion nochmals mit der Problematik beschäftigt. Weiterhin gibt es auch die Möglichkeit, dass alle Mitgliedschaften gekündigt werden.

Der Tagesordnungspunkt wird auf die nächste Sitzung des Ausschusses vertagt.

Die Nichtöffentlichkeit wird hergestellt.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

gez. Burkhard Lischka
Vorsitzender

gez. Britta Becker
Schriftführerin